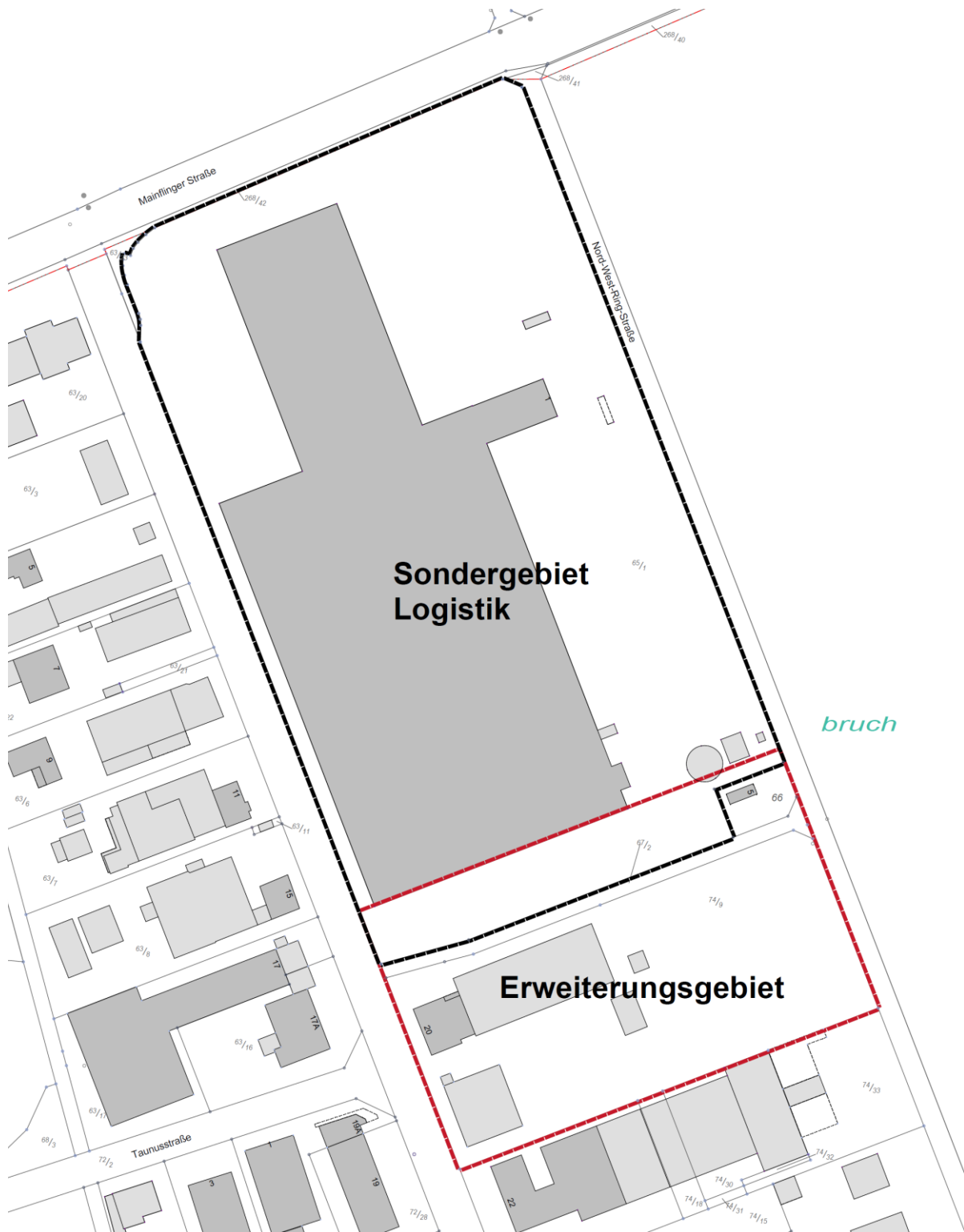


## AMTLICHE BEKANNTMACHUNG DER GEMEINDE MAINHAUSEN

### 1. Änderung des Bebauungsplans „Sondergebiet Logistik“ hier: Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses

Gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch die Art. 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. I Nr. 394), wird hiermit bekannt gemacht, dass die Gemeindevertretung in ihrer Sitzung am 19.03.2020 die Aufstellung eines Bebauungsplanes beschlossen hat. Die Abgrenzung des Geltungsbereichs ist der folgenden Karte zu entnehmen.



Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung:

1. Änderung des Bebauungsplans „Sondergebiet Logistik“

**Beabsichtigte Planung:**

Die Gemeindevertretung hat am 23.01.2024 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 5 HGO die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplans „Sondergebiet Logistik“ im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB beschlossen.

Hierdurch sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung des Betriebs eines Logistikzentrums geschaffen werden. In diesem Zusammenhang soll der bestehende Gehweg zwischen Nord-West-Ring-Straße und Ostring an den südlichen Rand des Erweiterungsgebietes verlegt werden.

Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke 66, 67/2 und 74/9 (jeweils vollständig) sowie Fl. Nr. 65/1 (teilweise) in der Flur 6 der Gemarkung Zellhausen. Der Geltungsbereich ist in der Anlage dargestellt und Bestandteil des Beschlusses.

Dabei soll das bestehende ca. 4 Hektar große Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Logistik durch eine ca. 1 Hektar große Fläche erweitert werden. Die Bebauung soll mit einer Grundflächenzahl von 0,8 und festgesetzten Gebäudehöhen erfolgen. Die äußere Erschließung soll weiterhin über die vorhandenen Kreis- sowie Gemeindestraßen erfolgen.

Im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB kann von den frühzeitigen Beteiligungsschritten gemäß § 3 Abs. 1 sowie § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen werden.

Nach Erstellen des Planentwurfs wird die Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB) und der Behörden (§ 4 Abs. 2 BauGB) unter Darlegung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung sowie deren voraussichtlichen Auswirkungen erfolgen. Hierauf wird zu gegebener Zeit durch gesonderte Bekanntmachung hingewiesen.

Nach Abschluss des Verfahrens ist der Flächennutzungsplan im Wege der Berichtigung anzupassen.

Mainhausen, den 30.01.2024

Frank Simon  
Bürgermeister